

EU plant Zusatzgebühr auf Päckchen: Schock für Online-Shopper!

EU-Kommission plant eine Zusatzgebühr für Päckchen aus Drittstaaten, um die Paketflut von Anbietern wie Temu und Shein zu bremsen.



Österreich, Land - Die EU-Kommission plant eine Einführung einer pauschalen Zusatzgebühr von zwei Euro für jede Bestellung aus Drittstaaten. Dieses neue Konzept soll dazu beitragen, die Flut an Paketen von chinesischen Billigversendern wie Temu, Shein und AliExpress zu bremsen. Der Handelskommissar Maros Sefcovic bestätigte die Maßnahme im Binnenmarktausschuss des Europaparlaments und betonte, dass die Gebühr notwendig ist, um die gestiegenen Zollkosten angesichts der hohen Bestellzahlen zu decken. Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 4,6 Milliarden Pakete in die EU importiert, was einem Anstieg von täglich rund zwölf Millionen Sendungen entspricht, und auch in Zukunft wird mit einem weiteren Anstieg gerechnet.

Bei Lieferungen an Warenhäuser plant die Kommission zudem eine reduzierte Gebühr von 50 Cent.

Hintergrund und aktuelle Entwicklungen

Die USA haben kürzlich die Einfuhrzölle erhöht, was den Druck auf chinesische Händler weiter verstärkt, ihre Geschäfte nach Europa auszudehnen. Um die gesetzlichen Vorgaben in der EU einzuhalten, sind über 90 Prozent der Produkte, die von Plattformen wie Shein oder Temu angeboten werden, nicht konform mit den europäischen Rechtsvorschriften. Diese Herausforderung will die EU mit verschärften Zollkontrollen für Lieferungen aus Drittstaaten begegnen.

Der Handelsverband in Österreich hat die geplante Gebühr begrüßt und sieht sie als notwendigen Schritt, um heimische Händler vor starken Wettbewerbsnachteilen zu schützen. Dabei wird auf die Probleme hingewiesen, die aktuelle Bestellungen mit einem Wert bis zu 150 Euro, die derzeit zollfrei sind, mit sich bringen. Zwei Drittel dieser Bestellungen sind falsch deklariert und führen zu einem geschätzten Schaden von 4,5 Milliarden Euro für die heimische Wirtschaft.

Ziele und Herausforderungen

Laut der Exekutiv-Vizepräsidentin der EU-Kommission, Henna Virkkunen, steht der elektronische Handel vor enormen Herausforderungen. Insbesondere der Anstieg an Waren mit geringem Wert aus Drittstaaten birgt Risiken bezüglich der Produktsicherheit und des Verbraucherschutzes. Die Kommission schlägt in diesem Kontext mehrere Maßnahmen vor, um diese Risiken anzugehen. Dazu gehören unter anderem die Stärkung von Zollkontrollen, die Abschaffung der Zollbefreiung für Waren mit einem Wert unter 150 Euro sowie neue KI-gestützte Werkzeuge zur Identifikation nicht konformer Produkte.

Die EU-Kommission wird die Umsetzung dieser Maßnahmen innerhalb eines Jahres bewerten und gegebenenfalls weitere

Schritte zur Verbesserung der Einhaltung und Durchsetzung der Europarechtsvorschriften in Betracht ziehen. Ziel ist nicht nur der Schutz der Verbraucher und Unternehmen, sondern auch eine Minimierung der negativen Auswirkungen auf die Umwelt, die durch die extensive Paketflut verursacht wird.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die geplante Gebühr und die verstärkten Kontrollen als Maßnahmen zur Regulierung des schnell wachsenden Onlinehandels aus Drittstaaten dienen sollen, um sowohl den heimischen Markt zu schützen als auch die Sicherheit der Produkte in der EU zu gewährleisten. Diese Entwicklungen sind Teil eines umfassenden Plans, den die EU-Kommission zur Bekämpfung der Risiken im E-Commerce entwickelt hat.

Für weitere Informationen lesen Sie die Berichte auf **Krone**, **Deutschlandfunk** und **EU-Vertretung**.

Details	
Vorfall	Regionales
Ort	Österreich, Land
Schaden in €	4500000000
Quellen	• www.krone.at • www.deutschlandfunk.de • germany.representation.ec.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at